

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Gemeinderates am 19.12.2005 im Sitzungssaal des Marktgemeindeamtes Rum.

Die Sitzung begann um 18.00 Uhr und endete um 20.35 Uhr.

Anwesende:

Bgm. Edgar KOPP	Margaretha BIRKL	Dr. Franz ABFALTER	Dr. Michael BÜRKLE
Vbgm. Walter TRESCHER	DI Ulrike RESCH-POKORNY	Dr. Roman SCHOBESBERGER	Roman ZENZ
Vbgm. Emil HATZL	Mag. Dietmar HUBER	Karlheinz WERTH	
Ing. Christoph KOPP			
Erna LANGHOFER			Weiters:
Anton SEIWALD			Dagmar BLÄTTERBAUER zu Punkt 9
Margit SCHNAUFERT			
Josef MUNGENAST			
Markus PRAJCZER			
Michael JAKLIN			
Frieda BRECHER			

AL Dr. Klaus KANDLER
Schriftführerin: Karoline ÜBERLACHER

Erweiterte TAGESORDNUNG:

1. Dienstbarkeitsbestellungsvertrag TIWAG
2. Einbringungs- sowie Mietvertrag bezüglich Tennisplatz
3. Einbringungs- sowie Mietvertrag bezüglich Sportplatz Siemensstraße
4. Kinderkrippenbeitrag – Änderung
5. Neubestellung Legalisator
6. Rücklagenzuführung
7. Müllabfuhrordnung
8. Gebühren
9. Festsetzung des Budgets 2006 sowie des MFP 2007 – 2009
10. Löschungserklärung Mimic
11. Änderung Verordnung 40 km/h für Ortsgebiet
12. Erklärung nach § 45 TGB Ges. wegen Pensionsantrittes
13. Budgetübertragung Straßenbau Garneid
14. Beschluss Vereinbarung Design Haus Projektabwicklungs GmbH
15. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Erledigung (Beschlüsse)

Bgm. KOPP eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates, die Ersatzmitglieder sowie die Bediensteten und die Zuhörer das erste Mal im neuen Sitzungssaal des umgebauten Gemeindeamtes.

Bgm. KOPP stellt den Antrag, die Tagesordnung wie folgt zu ergänzen:

10. Löschungserklärung Mimic
11. Änderung Verordnung 40 km/h für Ortsgebiet
12. Erklärung nach § 45 TGB Ges. wegen Pensionsantrittes
13. Budgetübertragung Straßenbau Garneid
14. Beschluss Vereinbarung Design Haus Projektentwicklungs GmbH.
15. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Dr. SCHOBESBERGER erklärt darauf hin, nichts gegen die Erweiterung der Tagesordnung zu haben, er habe jedoch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Er bemängelt die Ausführlichkeit des letzten Gemeinderatsprotokolles, worin einige Wortmeldungen und mündliche Anträge nicht wiedergegeben bzw. nicht ordnungsgemäß wiedergegeben wurden. Er beantragt eine entsprechende Berichtigung des Punktes 2 des letzten Gemeinderatsprotokolles und eine ausführlichere Protokollierung für die Zukunft, um späteren Lesern ein ordnungsgemäßeres Bild der Beratungen wiederzugeben.

Bgm. KOPP stellt richtig, dass laut Tiroler Gemeindeordnung die für die Beschlussfassung wesentlichen Wortmeldungen protokolliert werden müssen und seiner Meinung nach die Protokollierung völlig ausreichend sei.

Frau BIRKL bittet darum, in Zukunft ihre Anträge und Vorschläge nicht nur allgemein zu erwähnen sondern sie namentlich kenntlich zu machen.

Beschluss: Die Erweiterung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Zu 1) Dienstbarkeitsbestellungsvertrag TIWAG

Bgm. KOPP bittet den Amtsleiter um die Erläuterung.

AL DR. KANDLER erläutert: Die Eigentümerin des Gst. Nr. 2120/3 (EZ 214) und gleichzeitig die Verwalterin des Öffentlichen Gutes (Wege und Plätze), die Marktgemeinde Rum, Rathausplatz 1, räumt für sich und ihre Rechtsnachfolger im Grundstückseigentum gemäß beiliegendem, einen wesentlichen Bestandteil des vorliegenden Vertrages bildenden Dienstbarkeitsplan der TIWAG-Tiroler Wasserkraftwerke AG und deren Rechtsnachfolgern im Eigentum der elektrischen Leitungsanlage das Recht der unterirdischen Verlegung, Benützung und Erhaltung von Starkstromkabeln zur Übertragung elektrischer Energie mit einem Drehstromsystem und einer höchsten Betriebsspannung von 36.000 Volt samt Zubehör in Gst. Nr. 2120/3, ein.

Es handelt sich dabei um eine elektrische Leitungsanlage, die vom Grundstück des Lechner Georg Richtung Norden über das Gst. Nr. 1644 (jetzt Bauplatz zur Errichtung des Gemeindezentrums) zum Friedhofweg Gst. Nr. 2120/3 führt. Die Leitung liegt schon Jahrzehnte in den beiden Grundstücken, einen Dienstbarkeitsbestellungsvertrag hat es bisher noch nicht gegeben. Im Rahmen der Errichtung des neuen Gemeindezentrums musste nun die TIWAG auf ihre Kosten die bestehende Leitung Richtung Osten an die neue Grundgrenze verlegen. Es wurde ihr in Aussicht gestellt den vorliegenden Vertrag zu unterzeichnen.

Frau Dipl.Ing. RESCH-POKORNY stellt die Frage, ob diese Dienstbarkeiten der TIWAG immer kostenlos zur Verfügung gestellt werden würden.

Sie möchte festhalten, dass das Grundstück für den Neubau der Kreuzung von der TIWAG teuer erstanden wurde und nun aber das Recht auf Leitungslegung verschenkt werden

würde. Es wäre eine Möglichkeit für künftige Bauvorhaben, der TIWAG nichts mehr zu zahlen.

Bgm. KOPP empfiehlt dem Gemeinderat, beim nächsten vergleichbaren Projekt mit einer allfälligen Umlegung von Tiwagleitungen zu beraten, welche Gegenleistungen der TIWAG angebracht sind.

Bgm. KOPP stellt nun den Antrag, wie im Infrastrukturausschuss vorberaten, soll beschlossen werden, den Dienstbarkeitsbestellungsvertrag mit der TIWAG betreffend das Grundstück Nr. 2120/3 zu unterzeichnen.

Beschluss: Einstimmig beschlossen.

Zu 2) Einbringungs- sowie Mietvertrag bezüglich Tennisplatz

Bgm. KOPP bittet den Amtsleiter um die Erläuterung.

AL DR. KANDLER erläutert: In Erfüllung des zwischen der Marktgemeinde Rum sowie der Immobilien Rum GmbH & Co KG und dem Finanzamt Innsbruck am 20.04.2004 angezeigten Rahmenvertrages über die Ausgliederung von Gebäude- und Liegenschaftsvermögen der Marktgemeinde Rum wird nunmehr der Tennisplatz samt Gebäude und Außenanlagen in die Immobilien Rum GmbH & Co KEG eingebracht und von dieser an die Marktgemeinde Rum vermietet.

Die Jahresnettomiete für die Tennisanlage, Lärchenstraße 51, beträgt indexgesichert € 356,40 zuzüglich 20 % Ust.

Bgm. KOPP stellt nun den Antrag, wie im Infrastrukturausschuss vorberaten, soll beschlossen werden, die Tennisanlage, Lärchenstraße 51, in Erfüllung des zwischen der Immobilien Rum GmbH & Co KG sowie der Marktgemeinde Rum angezeigten Rahmenvertrages über die Ausgliederung von Gebäude- und Liegenschaftsvermögen der Marktgemeinde Rum auf Basis des in der Anlage ersichtlichen Einbringungsvertrages auszugliedern. Im Gegenzug soll der ebenfalls in der Anlage ersichtliche Mietvertrag zwischen der Immobilien Rum GmbH & Co KEG und der Marktgemeinde Rum abgeschlossen werden.

Frau Dipl.Ing. RESCH-POKORNY gibt zur Kenntnis, in der Ausgliederung nur einen Sinn zu sehen, wenn auch Investitionen geplant seien.

Bgm. KOPP bejaht dies. Genaueres würde in der Immobilien Generalversammlung besprochen werden.

Beschluss: Einstimmiger Beschluss.

Zu 3) Einbringungs- sowie Mietvertrag bezüglich Sportplatz Siemensstraße

Bgm. KOPP bittet den Amtsleiter um die Erläuterung.

AL DR. KANDLER erläutert: In Erfüllung des zwischen der Marktgemeinde Rum sowie der Immobilien Rum GmbH & Co KG und dem Finanzamt Innsbruck am 20.04.2004 angezeigten Rahmenvertrages über die Ausgliederung von Gebäude- und Liegenschaftsvermögen der Marktgemeinde Rum wird nunmehr auch der Sportplatz

Siemensstraße samt Gebäuden und Außenanlagen in die Immobilien Rum GmbH & Co KEG eingebracht und von dieser an die Marktgemeinde Rum vermietet.

Die Jahresnettomiete für den Sportplatz, Siemensstraße, beträgt indexgesichert € 12.170,25 zuzüglich 20 % Ust.

Bgm. KOPP stellt anschließend den Antrag, wie im Infrastrukturausschuss vorberaten, soll beschlossen werden, den Sportplatz Siemensstraße, in Erfüllung des beim Finanzamt Innsbruck angezeigten Rahmenvertrages über die Ausgliederung von Gebäude- und Liegenschaftsvermögen der Marktgemeinde Rum, auf Basis des in der Anlage ersichtlichen Einbringungsvertrages auszugliedern. Im Gegenzug soll der ebenfalls in der Anlage ersichtliche Mietvertrag zwischen der Immobilien Rum GmbH & Co KEG und der Marktgemeinde Rum abgeschlossen werden.

Beschluss: Einstimmig beschlossen.

Zu 4) Kinderkrippenbeitrag - Änderung

Bgm. KOPP erläutert: Mit dem derzeitigen Preis wird die Ganztagesbetreuung in der Kinderkrippe nicht angenommen und man erhofft sich mit einem ermäßigten Tarif die Ganztagesbetreuung attraktiver zu machen, damit die Kinderkrippe ausgelastet werden kann.

Bgm. KOPP stellt den Antrag, wie im Gemeindevorstand vorberaten, soll beschlossen werden, den Kinderkrippenbeitrag ab 25 Wochenstunden von € 210,00 auf € 170,00, gültig mit sofortiger Wirkung, abzuändern.

Beschluss: Einstimmig beschlossen.

Zu 5) Neubestellung Legalisator

Bgm. KOPP erklärt, dass Herr Giner Johann mit 31.12.2005 sein Amt als Ortslegalisator aus Altersgründen zurücklegt. Daher sei es notwendig, einen neuen Ortslegalisator zu bestellen.

Der Bürgermeister und Herr Johann Giner haben Herrn Andreas Huber für dieses Amt vorgeschlagen. Wie auch in anderen Gemeinden üblich, erscheint es sinnvoll, einen Gemeindebediensteten hiermit zu betrauen. Herr Huber wird für diese Tätigkeit eine Räumlichkeit im Gemeindeamt zur Verfügung gestellt, wo er außerhalb seiner Dienstzeit seine Termine wahrnehmen wird.

Bgm. KOPP stellt nun den Antrag, wie vorgeschlagen, soll beschlossen werden, Herrn Andreas Huber, geb. am 5.11.1972, wohnhaft in 6063 Rum, Thaurerweg 10b, mit Wirkung ab 1.1.2006 zum neuen Legalisator in Grundbuchssachen für das Gebiet der Marktgemeinde Rum zu bestellen.

Beschluss: Einstimmig beschlossen

Zu 6) Rücklagenzuführung

Bgm. KOPP bittet den Amtsleiter um die Erläuterung.

AL DR. KANDLER erläutert: Aus Mitteln des ordentlichen Haushaltes soll an die Rücklage für Grundankäufe und Infrastruktur der Betrag von € 500.000,- zugeführt werden. Damit sollen in erster Linie die Kosten für die Wasser- und Kanalerweiterung in der Lärchenstraße abgedeckt werden.

Da es sich um eine außerplanmäßige Zuführung handelt, ist gleichzeitig die Budgetüberschreitung zu beschließen.

Bgm. KOPP stellt den Antrag, wie vom Gemeindevorstand empfohlen, soll beschlossen werden, aus Mitteln des ordentlichen Haushaltes eine Rücklagenzuführung in Höhe von € **500.000,-** an die Rücklage für Grundankäufe und Infrastruktur durchzuführen sowie die Budgetüberschreitung zu beschließen.

Beschluss: Einstimmig beschlossen.

Zu 7) Müllabfuhrordnung

Bgm. KOPP bittet den Amtsleiter um die Erläuterung.

AL DR. KANDLER erklärt, dass wie aus der Beilage ersichtlich, die Müllabfuhrordnung im § 3 Abs. 1 lit. d sowie Absatz 3 geringfügig adaptiert werden soll. Zusätzlich zu den bereits verfügbaren Müllbehältern, werden nunmehr auch 770l-Müllbehälter angeboten, welche nach Aufbrauchen der Bestände der 800l-Behälter diese ersetzen sollen. Weiters kommt es zu einer Ergänzung im § 7 hinsichtlich der Bioabfallumladestation.

Bgm. KOPP stellt den Antrag, die erwähnten Änderungen zu beschließen.

Beschluss: Einstimmig beschlossen.

Zu 8) Gebühren

Bgm. KOPP zitiert einen Artikel der Tiroler Tageszeitung, in dem die im Jahr 2006 um 10% steigenden Abfallgebühren erwähnt werden. Im Finanzausschuss wurde darüber gesprochen, bei Durchführung einer Umlegung der tatsächlichen Abfallentsorgungskosten, müsste die Gemeinde Rum die Tarife um 8,32% erhöhen. Es wurde jedoch vom Finanzausschuss vorgeschlagen und beschlossen, aufgrund der ständig steigenden Abfallentsorgungskosten die Gebühren für die Abfallentsorgung linear um 5% anzuheben.

Weiters sollen sowohl in der Abfallgebührenordnung sowie auch in der Wasserleitungsgebührenordnung und der Kanalgebührenordnung eine Wertsicherungsklausel eingebaut werden, die den Verbraucherpreisindex 2000 als Bemessungsgrundlage enthält.

Die neue Wasserleitungs- und Kanalgebühr soll mit Wirkung vom 01.10.2006 in Kraft treten, die Erhöhung der Abfallgebühren bzw. Adaptierung der Abfallgebührenordnung soll mit Wirkung vom 01.01.2006 in Kraft treten.

Dr. BÜRKLE wendet ein, dass mit der erwähnten Indexanpassung eine schleichende Gebührenerhöhung verbunden sei. Dies wäre im Sinne der BürgerInnentransparenz eine nicht ideale Lösung. Besser wäre, wenn die Müll- oder Kanalgebühren als Regulator eingesetzt und an den tatsächlichen Verbrauch der Bürger- und Bürgerinnen angepasst werden würden, bei dieser Vorgangsweise wären lineare Erhöhungen nicht das richtige Instrument. **Dr. BÜRKLE** halte es für vernünftiger, dass im Falle einer Notwendigkeit der Gebührenerhöhung, der Gemeinderat darüber beraten könne. Seine Fraktion könne einer schleichenden Gebührenerhöhung über die Indexanpassung nicht zustimmen.

Bgm. KOPP wendet ein, dass ja immer die Möglichkeit bestünde, dies im Finanzausschuss zu beraten, falls der Index überhaupt so viel steigen würde, dass eine Anpassung notwendig wäre.

Vbgm. Emil HATZL schlägt die Regelung einer Erhöhung vor, wenn der Index um 2 oder 3% steige.

Dr. BÜRKLE bemerkt, dies wäre eine für die BürgerInnen transparentere Lösung und er würde diesem Kompromiss zustimmen.

Dr. SCHOBESBERGER hält dem entgegen, der Beschluss habe im Finanzausschuss bereits mehrheitlich stattgefunden. Weiters hält er die Meinung seiner Fraktion fest, dass der Steuerzahler schon genug Obolus leiste und nicht mehr zur Kasse gebeten werden solle, da ein grundsätzlicher Anspruch auf gewisse Gemeindeleistungen bestünde. Noch dazu sei für viele andere Dinge so viel Geld vorhanden, dass seine Fraktion keinen Anlass sehe, einer Erhöhung zuzustimmen.

Bgm. KOPP erwähnt das Minus von € 40.000,- im Müllsektor und die Notwendigkeit einer Erhöhung. Weiters gebe das Land ständig Weisungen heraus, dass die vorgeschriebenen Mindestgebühren eingehalten werden müssen, ansonsten gäbe es keine wie immer geartete Förderung.

Frau BIRKL stellt den Antrag, zwei Abstimmungen bezüglich Indexanpassung und Müllgebührenerhöhung durchzuführen.

Bgm. KOPP stimmt dem zu und stellt nun den Antrag, wie vom Finanzausschuss empfohlen, soll beschlossen werden, die Abfallgebühren mit 01. Jänner 2006, wie vorgeschlagen, um 5% zu erhöhen.

Beschluss: Mehrheitlicher Beschluss, 11:8 Stimmen (Initiative 2004, ÖVP Rum und Parteifreie sowie Grüne dagegen)

Bgm. KOPP stellt weiters den Antrag, über den Passus in der Abfallgebührenordnung: „Für die Gebühren wird eine Wertsicherung dergestalt vereinbart, dass sie mit dem vom Österreichischen Statistischen Zentralamt errechneten und verlautbarten Verbrauchpreisindex 2000 oder des an seine Stelle tretenden Index steigen oder fallen. Ausgangsbasis für die Wertsicherung ist die für September 2005 zu verlautbarende Indexziffer. Die Gebühren werden jährlich mit Jänner anhand des Verbraucherpreisindex angepasst. Die neue Indexzahl findet jeweils die Ausgangsbasis für die Berechnung der Änderungen“, abzustimmen und schlägt **Bgm. KOPP** nun vor, einen Schwellwert von 2% einzuführen.

Beschluss: Einstimmig beschlossen.

Bgm. KOPP stellt nun zum Punkt „Änderung der Kanalgebührenordnung“ sowie „Änderung der Wasserleitungsgebührenordnung“ die Anträge, die eben beschlossene Wertsicherungsklausel mit einem Schwellwert von 2%, gültig ab 01.10.2006, ebenso in den Verordnungstext einzufügen.

Weiters soll die Wasserleitungsgebührenordnung insofern abgeändert werden, als ab 1. Oktober 2006 eine Anpassung der Zählergebühr für Wasserzähler der Nenngröße 20 und größer an die tatsächlich anfallenden Kosten vorgenommen wird.

Beschluss: Einstimmig beschlossen.

Zu 9) Festsetzung des Budgets 2006 sowie des MFP 2007 - 2009

Bgm. KOPP teilt einige grundlegende Dinge zum Budget mit:

Die Erstellung des Voranschlags stelle alljährlich eine gewaltige Herausforderung an die Gemeindeführung dar. Die alltäglichen Meldungen über Kürzungen und drastische Einsparmaßnahmen seitens des Bundes- und auch des Landesbudgets stelle die Gemeinden vor noch immer schwierigere und problematische Situationen, da sie doch häufig die Budgetkürzungen des Bundes und der Länder durch gezielte Maßnahmen abfedern oder in vielen Fällen sogar auffangen müssen. Bund und Land wälzen ständig neue Belastungen auf die Kommunen über. Der Haushaltsvoranschlag der Marktgemeinde Rum für das Jahr 2006 sei durch stetig steigende notwendige Pflichtausgaben aber auch durch Investitionen in den letzten Jahren in Höhe von € 14 bis 15 Mio. gekennzeichnet.

Die Errichtung von entsprechenden Gemeindeobjekten und die Sanierung und Umbauten wie z. B. Kindergärten, Volksschulen und der Hauptschule sowie der Umbau des „Hauses der Musik“ und die Errichtung eines neuen Gemeindezentrums belasten natürlich den Gemeindehaushalt in nicht unbeträchtlicher Höhe. Der ordentliche Haushalt wird an Einnahmen und Ausgaben je € 12.580.000,- betragen, der außerordentliche Haushalt beläuft sich bei Einnahmen und Ausgaben auf € 1.080.000,-, somit wird der Gesamthaushalt der Marktgemeinde Rum auf € 13.660.000,- lauten.

Bgm. KOPP bemerkt zu den Einnahmen, dass nach wie vor die nicht einsichtige Zwei-Klassen-Gesellschaft bei der Grundsteuer vorherrsche. So gehen für Grundsteuer A, das sind die landwirtschaftlichen Grundflächen und zwar auch jene, die bereits gewidmetes Bauland sind, aber nach wie vor landwirtschaftlich genutzt werden, in Rum im Jahr 2006 gerade einmal € 1.200,- ein. Dem gegenübergestellt liege die Grundsteuer B, das seien alle bebauten oder nicht im landwirtschaftlichen Besitz befindlichen gewidmeten Grundstücke, dieser Betrag liegt bei € 560.000,-.

Die wichtigsten und einzig verbliebenen gemeindeeigenen Steuereinnahmen aus der Kommunalsteuer, € 2.400.000,-, der Getränkesteuer-Ersatzlösung u. Bundesertragsanteile nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel, € 5.200.000,-, ergeben Gesamteinnahmen von € 7.600.000,-. Dem gegenüber erwarte die Gemeinde Rum als Jahresergebnis von 2005 € 300.000,-, womit sich die Gesamteinnahmen von € 12.580.400,- ergeben.

Auf der Ausgabenseite fallen insbesondere natürlich die Personalkosten der bei der Gemeinde Rum beschäftigten Bediensteten ohne die Bediensteten in den Gesellschaften mit knapp unter € 3 Mio. an. Nimmt man den Pensionistenanteil dazu, den die Gemeinde in Höhe von € 118.000,- finanzieren muss, so sind es um einiges mehr als € 3 Mio. Ein weiterer großer Ausgabenposten sind zusammengerechnet alle Mieten, die die Gemeinde an die IRG an die Leasing Firma für das Feuerwehrhaus zu bezahlen hat. In der Gesamtsumme belaufen sich die Mieten auf € 1.063.000,-.

Bgm. KOPP betont weiters, dass die Eröffnung des FORUM und 20 Jahre Marktgemeinde Rum ihre Schatten vorauswerfe.

Der Bereich Schulen erfordert Ausgaben in Höhe von € 855.000,-, Kinderkrippe und Kindergärten sowie Schülerhorte, Schülerstube und Jugendzentrum zusammen € 1.162.000,-. Das macht insgesamt bei den Bildungseinrichtungen in der Kinder- und Jugendbetreuung rund € 2 Mio. aus.

Der Sport und die außerschulische Leibeserziehung schlägt sich mit € 125.000,--. Die soziale Wohlfahrt mit € 680.000,--. Die freie Wohlfahrt (Altenheime) € 865.000,--. Die Heimhilfe mit € 91.000,-- und die Jugendwohlfahrt mit € 70.000,--. Die freiwillige Leistung der Gemeinde, die Rückerstattung, der Erschließungsbeiträge sind mit € 40.000,-- nicht unerheblich. Der Bereich Gesundheit, soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung bedarf einen Aufwand von € 1.676.000,--. Die Krankenanstaltenfinanzierung und das Rettungswesen € 1,1 Mio. Straßenbau, Wasserversorgung und Verkehr werden mit € 680.000,-- dotiert. Kinderspielplätze, Parks, öffentliche Beleuchtung und Friedhöfe sind insgesamt mit € 573.000,-- budgetiert. Für die Abwasserbeseitigung Klärwerk Rossau müssen € 545.000,-- aufgewendet werden, für die Müllbeseitigung Deponie Ahrntal € 330.000,--. Allein für diese beiden wichtigen Entsorgungsschienen müssen an die IKB € 1 Mio. berappt werden. Die Biomüllentsorgung ist trotz Versicherung, dass die Kosten nicht erheblich steigen, explosionsartig in die Höhe geschneilt und müssen im kommenden Jahr mit € 124.000,-- veranschlagt werden (2004 noch € 22.000,--)

Bgm. KOPP erwähnt, dass die Gemeinde Rum als noch immer relativ finanzstarke Gemeinde mittleren Bereiches, eine hohe Belastung der Umlagen, die an das Land Tirol zu zahlen sind, treffe (€ 576.700,-).

Bgm. KOPP führt die wichtigsten Positionen an:

Kritisch muss angemerkt werden, dass gerade der Gesundheits-, Sozial- und Altenbereich jener ist, der jährlich mit unverhältnismäßigen Kostensteigerungen verbunden ist und das Land den Gemeinden immer weniger vergütet bzw. Einnahmen zugesteht. Auch im kommenden Budget wird die Kluft immer größer, die von den Gemeinden finanziert werden muss.

Sozialhilfe	€ 360.000,--
Behindertenhilfe	€ 320.000,--
Jugendwohlfahrt	€ 70.000,--
Mieten- u. Anuitätenzuschüsse	€ 20.000,--
Landesumlage	€ 576.700,--

(Landessteuer gegenüber den Gemeinden) diese ist wiederum gegenüber dem vergangenen Jahr gestiegen.

Diese Umlagen und noch viele andere belasten die Marktgemeinde Rum außerordentlich. Für die Sicherheit im Gemeindegebiet (Feuerwehrwesen) sind inkl. der Leasingrate € 312.000,-- notwendig. Darüber hinaus gibt es eine Fülle von weiteren Maßnahmen, die in Rum schon zur Gewohnheit geworden sind und von manchen Bürgern als selbstverständlich angesehen werden. Wie die Fortführung der Seniorenbetreuungen mit den vielen Veranstaltungen und Maßnahmen, die Babypaketaktionen, die vielen kleinen und mittleren Förderungen für die Jugend- und Familien, Sport und Kultur und dergleichen.

Bgm. KOPP weist auf diese alljährlichen Investitionen besonders hin, die zwar viele Mitbürger nicht hautnah erleben, insgesamt aber doch einen sehr beträchtlichen Teil der Mittel beanspruchen und im Einzelnen wichtig und gerechtfertigt sind. Die Immobilien Rum GesmbH & Co KEG verwirklicht derzeit ihr bislang größtes Vorhaben nämlich die Errichtung des Veranstaltungszentrums *FORUM*. Das über Jahre vorbereitete Projekt mit der Schaffung eines Veranstaltungssaals mit Kaffeehaus und Geschäftsflächen wird langsam immer realistischer. Das zweite Großvorhabens des abgelaufenen Jahres war die Generalsanierung der Volksschule Langer Graben. Die Immobilien Rum hat im Jahr 2004 die Generalsanierung der Hauptschule durchgeführt und in diesem Jahr wiederum ca. € 1,7 Mio. in den Schulsanierungs- Zu- und Umbau investiert.

An weiteren Vorhaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes sind die Kanal- und Wasserleitungsarbeiten im Bereich der Lärchenstraße zu nennen. Ein auf drei Jahre

angelegtes Großprojekt soll die Trinkwasserversorgung der Gemeinde für die kommenden 25 bis 30 Jahre topfit machen. Damit verbunden ist auch die Errichtung eines neuen Hochbehälters „Schottleiten“ oberhalb des neuen Auffangparkplatzes Karwendel. Im Jahr 2006 werden diese Maßnahmen, die ein Gesamtvolumen von € 720.000,- erforderlich machen, fortgesetzt.

Der Gesamtschuldenstand wird sich laut Budget auf € 2.079.000,- belaufen, die Rücklagen betragen € 1.050.500,- am Ende des Haushaltsjahres 2006, derzeit noch € 1.646.000,-.

Bgm. KOPP erklärt abschließend, er sei davon überzeugt, ein gutes Budget 2006 erstellt zu haben und bittet nun um Wortmeldungen hierzu.

Dr. BÜRKLE meldet sich zu Wort und hält fest, dass seine Fraktion zunächst kein Budget erhalten haben. Am 05.12.2005 wurde per Mail an den Amtsleiter darauf hingewiesen. Weiters sei der mittelfristige Finanzplan erst am 15.12.2005 übermittelt worden. Dies sei keine Basis für eine seriöse Arbeit. Er bittet darum, dies im nächsten Jahr anders handzuhaben.

Bgm. KOPP pflichtet bei und entschuldigt sich für die verspätete Übermittlung.

Dr. BÜRKLE bemängelt weiters, dass das Budget der Immobilien Rum GmbH noch nicht aufliege, das doch mittelbar zum Gemeindebudget gehöre und im Sinne der Transparenz den Gemeinderatsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden sollte.

Er ersucht um Erklärung zu folgenden Punkten des Budgets:

1. Warum steigen die Kostenersätze für die Belastung von Bediensteten von im Jahr 2005 von € 4.000,- auf € 27.000,- im Jahr 2006?
2. Einnahmen aus Schülertransporten, Serlesstraße, € 1.000,-. Was ist damit gemeint?
3. Baurechtszins, geht zurück von € 400.000,- im Jahr 2004 auf € 105.000,- im Jahr 2006.
4. Bedarfszuweisung von € 26.500,-. Wofür?
5. Brennmittelaktion. Der Budgetansatz geht zurück auf € 10.000,-. Die Brennmittelkosten steigen in die Höhe. Warum wird ein geringerer Betrag budgetiert als 2004? In diesem Zusammenhang wurde von den Grünen bezüglich Energieberatung vorgeschlagen, etwas mehr zu veranschlagen als € 500,-. Die Leute nehmen die Energieberatung, die die Gemeinde Rum anbietet, nicht an, diese sollte beworben werden, vor jetzt, da die Brennmittelkosten steigen.
6. Waldlehrpfad. Waren € 55.000,- geplant?
Erna LANGHOFER bejaht dies.
7. Miete für Gemeindezentrum FoRum und Miete für Amtsgebäude, dies sei sehr viel. Es wäre interessant das Budget der Immobilien Rum GmbH zu haben, um zu sehen, was mit diesem Geld geschieht.
8. Biomüllverarbeitung, die Kosten versechsfachen sich im Jahr 2006, daher folgt ein Antrag unter Punkt Anträge und Allfälliges) für eine Biogasanlagenrentabilitätsprüfung.

Bgm. KOPP nimmt Stellung:

zu Pkt. 1: Herr Ing. Ziegler war bisher nur 25% bei der Immobilien Rum GmbH beschäftigt, jetzt seien es 60%.

zu Pkt. 2: Dies sei ein Zuschuss des Landes, der hier als Einnahme verbucht wird.

AL Dr. KANDLER nimmt Stellung:

zu Pkt. 3: Dieser Rückgang habe mit dem Baurechtszins Frieden zu tun, da im letzten Jahr eine Einmalzahlung getätigt werden musste.

Dr. ABFALTER teilt nun mit, seiner Meinung nach sei dieses Budget ein Verwaltungsbudget und kein Gestaltungsbudget. Es sei eine Fortschreibung der Ansätze der letzten Jahre. Auffällig sei die Vorsicht des Ansatzes bei den Einnahmen. Nicht ganz einsichtig seien die im Jahr 2004 ca. € 14.000.000,- im Gegensatz zu den 2006 € 12.600.000,- budgetierten Einnahmen.

Weiters nimmt er Stellung zu folgenden Punkten des Budgets:

- Betriebskostensteigerungen: VS Serlesstraße 100%, KG Langer Graben 200%, KG Birkengasse 122%, KG Serlesstraße 70%, Kinderkrippe 700%, Schülerhort 700%, Wirtschaftshof 57%. Beim Vergleich der Abrechnungen 2004 und den Budgetansätze 2005 sind diese massiven Steigerungen nicht erklärlich.
- Öffentlichkeitsarbeit statt 19.500,- im Jahr 2004, 24.000,- im Jahr 2006
Bgm. KOPP erklärt, dies sei eine Ausgabe für das Beiblatt zum FoRum.
- zu den Ausgaben: dort wird gespart: Mittagstisch Schülerhort: - 40%, Sport/ außerschulische Leibeserziehung: - 18%, Kultur: -13%, diese Minderleistungen im Wohlfahrtsbereich sollten abgefangen werden können.
- Personalgestellungskosten: Die Gemeinde stellt dem Soko Personal bereit und bekommt diese Kosten vom Soko refundiert. Es fällt auf, dass vom Soko mehr Einnahmen verbucht werden, als die Gemeinde Personalausgaben hat.
- FoRum: Es sollte unbedingt eine effiziente Form des Managements gefunden werden, ansonsten werden die Abgänge für das FoRum ordentlich zu schaffen machen. Für das kommende Halbjahr gab es einen ziemlich hohen Abgang. Negativ ist, dass relativ wenig Einnahmen budgetiert worden sind. 6 Monate vor Eröffnung sollte man jetzt schon wissen, wie man diesen Saal vermarkten wird und einen vollen Veranstaltungskatalog haben.

Dr. ABFALTER wiederholt schließlich seine eingänglich angeführte Bemerkung zum Budget, gesteht aber ein, dass die Erstellung eines Budgets sicherlich schwierig ist, da man ja bestimmte Ausgaben habe, um die man nicht herumkomme.

Bgm. KOPP erteilt zur Stellungnahme das Wort:

Frau BLÄTTERBAUER nimmt Stellung zu Pkt. 1:

Dies seien hauptsächlich die Poolversicherungen. Im Jahr 2005 hat die Gemeinde immer noch die Versicherungen für die Objekte übernommen, die bereits ausgegliedert waren. Mit dieser Poolversicherung, die im Jahre 2005 zustandekam, laufen das nächste Jahr alle Versicherungen über die Immobilien Rum GmbH, die man natürlich dann in den Betriebskosten der Gemeinde vorschreiben muss. Weiters sei auch heuer das erste Mal eine Betriebskostenabrechnung für die Immobilien Rum gemacht worden, da man erst am Ende des Jahres sehen konnte, was die Immobilien Rum GmbH übernommen hat und der Gemeinde vorschreiben muss.

Christoph KOPP bemerkt hierzu: Im Juni 2005 wurde erstmalig eine tatsächliche Aufstellung der Betriebskosten vorgenommen. Die angenommenen Zahlen von 2004 wären nicht realistisch gewesen. Aufgrund dessen und aufgrund der Erfahrungswerte von 2005 basiert auf diesen neuen Betriebskostenzahlen.

Bgm. KOPP erteilt nun Roman ZENZ das Wort:

Roman ZENZ erwähnt nun folgende Punkte des Budgets und **Bgm. KOPP** nimmt Stellung:

- massive Steigerungen der Ausgaben

Bgm. KOPP: Hierbei gehe es um das Jubiläum „20 Jahre Marktgemeinde“, für welches einiges an Ausgaben notwendig sein wird.

- Ausgaben für sonstige Partnerschaften, Seite 50, steigen an

Bgm. KOPP: Dieser Punkt hänge mit der Eröffnung des FoRum zusammen.

- Archiv/Gemeindechronik, steigt ebenfalls

Bgm. KOPP: Diese Ausgabe ist für die Digitalisierung der Gemeindechronik

- Theater, Konzerte und Sonstige Veranstaltungen, Anstieg der Ausgaben von € 6.900,- im Jahr 2003 auf € 40.000,-. Was ist hiermit geplant?

Roman ZENZ bemerkt weiters: Die Ausgaben für die Eröffnung des FoRum erscheinen nicht sehr transparent. Aus grüner Sicht fällt auf, dass für die Verkehrsplanung das Budget gekürzt wird. Für Radwege ist auch heuer wieder nichts budgetiert. Auffallend ist auch, dass Personal-, Aus- und Weiterbildung gekürzt wird. Die Ausgaben für Veranstaltungen für die Jugend sind löblicherweise erhöht worden, es wäre interessant zu wissen, was hier geplant ist. Sport und außerschulische Leibeserziehung wird von 2005 € 152.000,- auf 124.700,- gekürzt.

MMag. Dr. Roman SCHOBESBERGER erwähnt nun folgenden Punkt des Budgets:

- einmalige Rechtskosten bei der Bauverwaltung, € 15.000,-. Für was und vor allem warum sind diese Kosten angefallen?

Bgm. KOPP erklärt hierzu, dieser Betrag wurde aufgenommen für Verfahrenskosten sowie für Gutachterstellungen, Einholung von Rechtsmeinungen im Bauverfahren, etc. Die Verfahren würden immer noch mehr beeinsprucht werden, immer mehr Gutachten würden verlangt werden, wie z.B. Lärmschutzgutachten, Emissionsgutachten, ärztliche Gutachten usw.

Frau BIRKL nimmt nun Stellung zum Budget:

- Kostenwahrheit: Bei jeder Kostenstelle wird die Miete separat angeführt. Beim Jugendzentrum nicht. Sie bittet darum, auch hier dieselbe Vorgangsweise anzuwenden.
- Im Jahr 2005 ist die Managementgebühr vom Soko laut Vertrag Zu- und Abschlägen unterworfen. Hier sei im Budget weder plus noch minus angeführt. **Frau BIRKL** bittet um Auswertung bis zur nächsten Gemeinderatssitzung.

Frau Ulrike RESCH-POKORNY stellt nun einige generelle Fragen zu den Einnahmen:

- Hauptschule und allg. Unterricht, bedeutend weniger Einnahmen stehen im Budget, hat das etwas mit der Ausgliederung zu tun?

Bgm. KOPP bittet Frau BLÄTTERBAUER um die Erklärung.

Frau Dagmar BLÄTTERBAUER erklärt: Die Gemeinde habe angesucht um Förderung für den Umbau, dieser Zuschuss wurde dann an die Immobilien Rum GmbH weitergeleitet. Das gleiche gelte für die Volksschule Langer Graben.

- Einnahmen für Konkurrenzgewässer. Was ist das?

Frau Dagmar BLÄTTERBAUER erklärt: Hierbei handle es sich um den Ausbau des Konkurrenzgewässers Rumer Mure. Ausgabenseitig wurden € 60.000,- budgetiert, € 40.000,- fördert das Land.

- Biomüll. Ist es sinnvoll bei den steigenden Abfallentsorgungskosten dass die Gemeinde Rum Biomüll von anderen Gemeinden annimmt? Wäre eine Überprüfung sinnvoll?

Bgm. KOPP bemerkt, dies wäre nicht sehr sinnvoll, da die Gemeinde Rum durch die größere Menge einen besseren Preis erzielen konnte.

Vbgm. Walter TRESCHER nimmt nun Stellung zum Budgetansatz „Förderung Gesundheits- und Sozialsprengel – Heimhilfe“. Das Land Tirol habe heuer den Zuschuss für den Gesundheits- und Sozialsprengel um 13% gekürzt. Herr TRESCHER habe von der zuständigen Stelle die Auskunft erhalten, die Gemeinde Rum habe zu viel Budget. Daher die geringere Budgetierung.

Dr. ABFALTER bemerkt, es sei nicht der richtige Lösungsansatz, bei den Bedürftigen zu kürzen.

Walter TRESCHER bemerkt, man würde auch heuer mit dem Geld auskommen.

Zwischen **Bgm. KOPP** und **Frau BIRKL** entsteht noch eine Diskussion über die Managementgebühr,

Frau BIRKL verliest nun ihren Antrag bezüglich Mehrzwecksaal Volksschule Serlesstraße.

- Antrag vom 22.11.2005: Zum Budget 2006, unter der Kostenstelle 1/211020, soll der Mehrzwecksaal in Neu-Rum, Serlesstraße, renoviert werden.

Dr. BÜRKLE erinnert nun an seinen wichtigeren Antrag bezüglich des behindertengerechten Zuganges.

Bgm. KOPP teilt ihm mit, dass der behindertengerechte Zugang im Budget der Immobilien Rum GmbH enthalten sei.

Bgm. KOPP ist der Meinung, dass der von Frau BIRKL gestellte Antrag nicht an die Marktgemeinde Rum gerichtet werden sollte, sondern an die Immobilien Rum GmbH, wobei er jetzt schon wisse, dass 2006 kein Geld für die Renovierung des Mehrzwecksaales zur Verfügung stehen wird.

Dr. ABFALTER stellt die Frage, ob die Immobilengesellschaft das Mobiliar kostenlos beistelle.

Christoph KOPP meldet sich zu Wort und erklärt, dass aufgrund einer Vereinbarung mit dem Finanzamt im Sanierungswege einmalig die Immobilien Rum GmbH das Mobiliar bereitgestellt hat und die Nutzungsdauer für bewegliche Dinge auf 10 Jahre angesetzt und die Marktgemeinde Rum darf 1/10 der Investitionssumme, auch gewisse Stühle, pro Jahr an zusätzlicher Miete überweisen.

Der Antrag der Initiative 2004 wird nun dem Infrastrukturausschuss zugewiesen und liegt unter Beilage 1 (gemeinsam mit den anderen Anträgen der Initiative 2004 – VP Rum) dem Protokoll bei.

Bgm. KOPP bittet um Abstimmung für die Unterstützung dieses Antrages.

Beschluss: mit 13:6 Stimmen wird der Antrag abgewiesen.

Bgm. KOPP stellt nun den Antrag, den in der Zeit vom 01.12.2005 bis 19.12.2005 öffentlich aufgelegenen Voranschlag für das Jahr 2006 mit ordentlichen Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 12.580.400,- und einem außerordentlichen Haushalt von € 1.080.000,- festzusetzen.

Beschluss: Mit 17:2 (Grüne) Gegenstimmen wird der Antrag des Finanzausschusses beschlossen.

Bgm. KOPP bittet nun den AL Dr. Kandler zum mittelfristigen Finanzplan 2007 – 2009 zu berichten.

Dr. KANDLER erläutert die an die Gemeinderäte übermittelte Beilage.

Bgm. KOPP stellt nun den Antrag, entsprechend den Vorberatungen im Finanzausschuss soll der mittelfristige Finanzplan 2007 bis 2009 in der aufgelegten Form festgesetzt werden.

Beschluss: einstimmiger Beschluss.

Zu 10) Löschungserklärung Mimic

Bgm. KOPP bittet den Obmann des Wohnungsausschusses Vbgm. Walter TRESCHER um den Bericht.

Walter TRESCHER berichtet: Die Wohnungen am Rumer Spitz wurden 1995 bezogen, die Kaufverträge wurden 1994 abgeschlossen. Grundbücherlich wurde ein Vorkaufsrecht der Gemeinde auf 10 Jahre sichergestellt. Leider wurde aus welchen Gründen auch immer, bei der betreffenden Eigentumswohnung, das Vorkaufsrecht erst 1997 in das Grundbuch eingetragen, der Notar der diesen Kaufvertrag abwickelt, hat nun hierauf hingewiesen. Bei den anderen Wohnungen wäre im Sommer 2005 die Zehnjahresfrist abgelaufen. Die Fam. Mimic, die eine 4-Zimmer-Eigentumswohnung besitzt, habe nun ein Reihenhaus beim Steinbock gekauft und wolle nun diese Wohnung verkaufen. Einige Wohnungswerber für 4-Zimmer-Eigentumswohnung haben diese Wohnung besichtigt und abgelehnt. Daher musste die Fam. Mimic sich anderweitig um einen Käufer umsehen und ist fündig geworden. Es wird nun um Verzicht des Vorkaufsrechtes der Gemeinde Rum angesucht.

Bgm. KOPP stellt den Antrag, wie vom Gemeindevorstand empfohlen, soll beschlossen werden, auf das Vorkaufsrecht an der Wohnung der Fam. Mimic, Serlesstraße 16, zu verzichten.

Beschluss: Einstimmig beschlossen.

Zu 11) Änderung Verordnung 40 km/h für Ortsgebiet

Bgm. KOPP stellt den Antrag, dass aufgrund des vorliegenden Gutachtens des Ing. Büros Schlosser/Rauch sowie des abgeschlossenen Ermittlungsverfahren und Verhandlungsergebnisses der heutigen Verkehrsverhandlung mit allen zuständigen Sachverständigen auf allen Gemeindestraßen ein 40 km/h Geschwindigkeitsbeschränkung nach § 20 Zif. 2a StVO verordnet wird.

Die Verordnung der 40 km/h Beschränkung auf der L8 (Dörferstraße) wird von der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck erlassen.

Beschluss: Einstimmig beschlossen.

Zu 12) Erklärung nach § 45 TGB Ges. wegen Pensionsantrittes

Bgm. KOPP verliest die Erklärung des Gemeindebediensteten Franz Klotz:

„Da ich am 22. Juni 2006 mein 60. Lebensjahr vollenden werde, gebe ich hiermit die Erklärung nach § 45 (1) Tiroler Gemeindebeamtengesetz 1970 i.d.g.F. in Verbindung mit Art. II des Gesetzes LGBl.Nr. 2/2003 ab, mit Wirkung vom 30. Juni 2006 aus dem Dienststand ausscheiden zu wollen und bitte um Kenntnisnahme und Versetzung in den Ruhestand mit dem genannten Datum. Die erforderlichen Voraussetzungen hiefür (Geburtsdatum vor dem 1.1.1948, 60. Lebensjahr und eine beitragsgedeckte Gesamtdienstzeit von mehr als 40 Jahren) sind gegeben“.

Der Gemeinderat nimmt dies wohlwollend zur Kenntnis.

Zu 13) Budgetübertragung Straßenbau Garneid

Bgm. KOPP stellt den Antrag, es soll beschlossen werden, dass eine Budgetübertragung von der Haushaltsstelle 612-002/240 Straßenbau Garneid auf die Haushaltsstelle 851-004 in der Höhe von 45.000,-- € vorgenommen wird.

Die Baumaßnahmen für die Errichtung einer Straßenentwässerung wurden im Straßenbaubudget berücksichtigt. Da die Errichtung von Straßenentwässerungen vorsteuerabzugsberechtigt ist, soll das Bauvorhaben über die Haushaltsstelle 851-004 (Netzerweiterung Kanal) abgewickelt werden.

Beschluss: Einstimmig beschlossen.

Zu 14) Beschluss Vereinbarung Design Haus ProjektentwicklungsgmbH

Bgm. KOPP bittet den Amtleiter um die Erläuterung und übergibt Vbgm. Walter TRESCHER den Vorsitz.

AL Dr. KANDLER erwähnt, die Bauverhandlung die Fa. Design Haus GmbH habe heute stattgefunden und erläutert die Vereinbarung, die mit der Design Haus ProjektentwicklungsgmbH zur Bebauung der Grundstücke Nr. 1694 u. 1696 abgeschlossen werden soll:

Die Design Haus ProjektentwicklungsgmbH erklärt verbindlich folgende Vorgangsweise:

1. Drei Einheiten der Anlage werden wohnbauförderter ausgeführt.

2. Die Design Haus Projektabwicklungs GmbH wird das Gesamtprojekt beim Amt der Tiroler Landesregierung, Wohnbauförderung hinsichtlich der in Punkt 1. bezeichneten Einheiten einreichen.
3. Festgehalten wird, dass zwei der wohnbaugeförderten Wohneinheiten bereits im Einvernehmen mit der Marktgemeinde Rum von der Design Haus Projektabwicklungs GmbH rechtsverbindlich vergeben wurden.
4. Die Marktgemeinde Rum erhält für die dritte noch nicht vergebene wohnbaugeförderte Einheit („Haus 4“) auf die Dauer von 3 Monaten ab Rechtskraft der Baubewilligung das ausschließliche Vorschlagsrecht der Besiedelung.
5. Für sämtliche wohnbaugeförderte Einheiten erklärt die Design Haus Projektabwicklungs GmbH keine Vermittlungsprovision und höchstens eine Vertragserrichtungsgebühr von 1,7 % exkl. MWST. des Kaufpreises zu verrechnen.
6. Die Design Haus Projektabwicklungs GmbH verpflichtet sich hiermit, nach Vorliegen eines genehmigten Teilungsplanes und des rechtsgültig zustande gekommenen Kaufvertrages zwischen ihr und Frau Maria Gattringer als Eigentümerin des GSt. Nr. 1694, GB 81014 Rum, das zum Bau der projektierten Straße erforderliche Teilstück 5 des GSt. Nr. 1694 im Ausmaß von ca. 186 m², laut beiliegendem Plan, welcher einen integrierenden Bestandteil dieser Vereinbarung darstellt, der Marktgemeinde Rum als Trägerin des öffentlichen Gutes unentgeltlich abzutreten und die zur grundbücherlichen Durchführung der lastenfreien Abschreibung dieser Grundfläche und der Eigentumseinverleibung nötigen Urkunden zu errichten und zu unterfertigen. Sämtliche Kosten im Zusammenhang mit dieser Abtretung hat die Design Haus Projektabwicklungs GmbH zu tragen.

Bgm. KOPP kehrt zurück und übernimmt wieder den Vorsitz.

Dr. KANDLER erklärt weiters, dass die zukünftigen Miteigentümer der fünf Wohneinheiten der Marktgemeinde Rum ein Vorkaufsrecht auf die Dauer von 15 Jahren einräumen, gerechnet ab der beglaubigten Unterfertigung der Vereinbarung, und zwar zu dem Preis, welcher den wertgesicherten Kaufpreis der jeweiligen Wohnung entspricht.

Frau BIRKL erkundigt sich nach den Vertragserrichtungskosten.

Dr. KANDLER gibt zur Kenntnis, dass diese 1,7 % exkl. MwSt. betragen.

Bgm. KOPP stellt nun den Antrag, es soll beschlossen werden, mit der Design Haus Projektabwicklungs GmbH diese Vereinbarung zur Bebauung der Grundstücke Nr. 1694 u. 1696 abzuschließen.

Beschluss: Einstimmig beschlossen.

Zu 15) Anträge, Anfragen und Allfälliges

Bgm. Kopp bittet Herrn Vbgm. Walter TRESCHER den Antrag der Liste Bürgermeister Edgar Kopp, SPÖ und Parteifreie vorzutragen.

Vbgm. Walter TRESCHER verliest folgenden Antrag vom 19.12.2005:

- Abänderung des der derzeit in der Steinbockallee geltenden Halteverbotes und Anbringung einer Zusatztafel „ausgenommen Feiertage“. Eine gleich lautende Regelung sollte auch bei den beiden Kurzparkzonen vor den Volksschulen erfolgen.

Der Antrag wird dem Verkehrsausschuss zugewiesen.

Bgm. KOPP bittet Herrn Dr. Bürkle der Grünen die Anträge und Anfragen seiner Fraktion vorzutragen.

Dr. BÜRKLE trägt eine Anfrage sowie zwei Anträge Fraktion vom 19.12.2005 vor. Die Anfrage betrifft das Projekt „Temporäres Denkmal“ und 2 Schreiben des Künstlers Franz Wassermann.

Bgm. KOPP teilt hiezu mit, nie ein Schreiben dieser Art erhalten zu haben. Er habe den Auftrag erteilt, nach diesem angeblichen Schreiben in der Einlaufstelle und EDV zu suchen, jedoch ohne Erfolg.

- Antrag auf Gestaltung des Spielplatzes FoRum: Der neue Spielplatz beim FoRum möge im Sinne der von den Grünen für Rum vorgelegten Pläne ausgestaltet werden
Dieser Antrag wird dem Infrastrukturausschuss zugewiesen.

- Antrag auf Rentabilitätsprüfung der Biogasanlage: Aufgrund der enorm steigenden Kosten für Biomüllverarbeitung (von ca. € 22.000,-- im Jahr 2004 über geplante € 70.000,-- im Jahr 2005 auf geplante € 124.000,-- im Jahr 2006) möge der Infrastrukturausschuss beauftragt werden, die Rentabilität einer Anlage zur Energiegewinnung aus Biogas zu untersuchen.

Dieser Antrag wird dem Umweltausschuss zugewiesen.

Bgm. Kopp bittet die Initiative 2004 – VP Rum ihre Anträge vorzutragen.

Frau Dipl.Ing. RESCH-POKORNY verliest den Antrag vom 22.11.2005 betreffend Pneumokokken Infektionen. Es wird beantragt, in Zusammenarbeit mit den Rumer Apotheken und Rumer Ärzten eine unbürokratische Impfkation zu starten, (wie seinerzeit bei der Zeckenimpfung), in dem die Marktgemeinde Rum eine Zuschuss in Höhe von Euro 35,- pro Teilimpfung leistet.

Dieser Antrag wird dem Gemeindevorstand zugewiesen.

weitere Anträge der Initiative 2004 – VP Rum:

- Antrag vom 18.11.2005: Auf der Homepage der Marktgemeinde Rum soll ein Email-Verzeichnis für alle Rumer/innen eingereicht werden, bzw. das bestehende Telefonverzeichnis soll damit ergänzt werden.

Bgm. KOPP wird hiezu in der nächsten GR-Sitzung Stellung nehmen.

- Antrag vom 22.11.2005 auf Umsetzung des gültigen GR-Beschlusses vom 16.12.2002: Zur besseren, rechtlichen Absicherung mit beiden Gesellschaften soll ein Zusatzvertrag abgeschlossen werden, woraus eindeutig hervorgeht, dass der Überprüfungsausschuss der Marktgemeinde Rum das volle Einsichts- und Überprüfungsrecht erhält. Die Prüfung sollten mindesten zweimal jährlich erfolgen, mit Abschlussbereich an den Gemeinderat.

Bgm. KOPP merkt an, dass der Überprüfungsausschuss der Marktgemeinde Rum bereits das volle Einsichts- und Überprüfungsrecht laut Vertrag habe.

Frau BIRKL bittet Bgm. KOPP dafür zu sorgen, dass diese Prüfungen auch durchgeführt werden.

Herr Josef MUNGENAST nimmt zum Antrag Stellung:

Er hält grundsätzlich fest, dass er den Überprüfungsausschuss nach dem Ausscheiden von Hansjörg Terzer übernommen habe und nun bereits einen Überprüfungsausschuss hiezu einberufen habe. Er verliest das Protokoll: „Der Überprüfungsausschussobmann bringt den

Antrag der Initiative 2004 - VP Rum vom 22.11.2005, eingelangt am 28.11.2005, zur Kenntnis. Dieser Antrag beinhaltet die Forderung nach Überprüfung der gemeindeeigenen Gesellschaften. Nach kurzer Diskussion kam man überein, eine Überprüfung der Immobilien Rum GmbH und Co KG nach Vorliegen der Bilanz 2005 durchzuführen. Die Modalitäten der Prüfung werden in einer gesonderten Ausschusssitzung festgelegt. Eine Überprüfung des Soko RUM wird ebenfalls im Lauf des 1. Quartals 2006 durchgeführt. Der Prüfungsausschuss regt an, die Initiative 2004 - VP Rum um Bekanntgabe zu ersuchen, welche konkreten Prüfungsanforderungen gestellt werden.“

Herr MUNGENAST ersucht Frau BIRKL ihm dies schriftlich mitzuteilen.

Frau BIRKL bedankt sich für die Erledigung und stimmt dem zu.

Weitere Anträge der Initiative werden verlesen:

- Antrag vom 17.12.2005 auf Gestaltung des Spielplatzes FoRums: Der Spielplatz mit Grünanlage soll eine Station des geplanten Erlebnispfades sein.

Dieser Antrag wird dem Infrastrukturausschuss zugewiesen.

Die Anträge sind als Beilage 1 dem Protokoll angeschlossen.

Bgm. KOPP nimmt nun Stellung zu folgenden Anfragen aus der Vergangenheit.

- Anfrage der Grünen betreffend Einbindung der Gemeinde Rum in die regionalen Verkehrsstrukturen:

a) regionales Verkehrskonzept: Es gibt keine Kontakte zu den Nachbargemeinden seitens des Landes, auch keine Kontakte zu den betroffenen Gemeinden.

b) Regionalbahn: Erstens es gibt Überlegungen seitens der Gemeinde Rum bezüglich der Trassenführung durch Rum, zweitens, Haltestellen sollen mehrere errichtet werden, drittens die Anfrage zur Kreuzung Rumer Hof sei nicht zulässig, da es sich um eine Bundesstraße handle und der Bürgermeister keine Kompetenz habe, an Bundesstraßen Planungen vorzunehmen, viertens Einbindung der Bürger nach Vorliegen von Vorschlägen in geeigneter Weise, fünftens aufgrund von Erfahrungen aus der Vergangenheit wird es bei Einstellung der Linie O kaum Beeinträchtigungen geben, sechstens zur Erschließung des Gewerbegebietes wartet Bgm. Kopp auf Vorschläge der Grünen

c) L8: zur Entlastung des Gartenweges erwarte sich Bgm. KOPP ebenfalls Vorschläge der Grünen, von der Idee der neuen Straße allerdings könne man sich vermeintlich verabschieden, da der Thaurer Gemeinderat dagegen gestimmt habe.

d) zu Punkt FoRum Marketing: es gibt einen abgeschlossenen Vertrag und laufende positive Verhandlungen, die 800 Euro Saalmiete pro Tag wurden bisher überhaupt noch nicht diskutiert und Rumer Vereine hatten bisher schon bei allen Gemeinderäumlichkeiten eigene Tarife. Bezüglich der Kosten für Mieter sei man mit € 5,50 schon sehr niedriger.

e) Bezüglich der Rumer Mur sei zu sagen, dass die Betreuung laufend durch die Mitarbeiter des Bauhofes erfolge. Bezüglich des Gefahrenplanes habe schon vor Einlangen des Antrages der Grünen der zuständige Sachbearbeiter den wiederholten Antrag an die zuständigen Landesbehörden gestellt.

f) Der Antrag bezüglich der Übermittlung der Protokolle in elektronischer Form wurde positiv im Gemeindevorstand erledigt. Wer das Protokoll in elektronischer Form möchte, solle es bitte der zuständigen Mitarbeiterin mitteilen.

g) Der Antrag der Grünen, Wertstoff- und Sammelinseln auf die Gemeindehomepage zu stellen, wurde im Umweltausschuss beraten und hat dort keine Mehrheit gefunden, da eigentlich nicht gewünscht wird, auf der Gemeindehomepage die Nachbarbürger auf den Standort der Inseln in Rum aufmerksam zu machen.

h) Antrag betreffend Recyclingkonzept der kurzen Wege: Der Umweltausschuss hat sich in der Sitzung vom 27.06.2005 mit dem Antrag befasst, Herr Mag. Larcher berichtete im

Ausschuss über die in den letzten Monaten gesetzten Aktionen, um die Trennung der Werkstoffe für die Rumer Bevölkerung zu erleichtern. Nachdem in Rum zwei Sammelseln geschlossen werden mussten, wurde versucht, die Wertstoffcontainer den einzelnen Wohnanlagen zuzuordnen. Diese Aktion wird von der betroffenen Bevölkerung sehr gutgeheißen, zur optischen Darstellung, wie viele Container aufgestellt sind, wurde von Herrn Mag. Larcher ein Plan angefertigt und den Ausschussmitgliedern vorgelegt. Herr Dr. BÜRKLE bemängelt, dass der Großteil der Container nicht der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung steht, dem wird von Bgm. KOPP und der Umweltausschussobfrau Gemeinderätin Erna LANGHOFER entgegengehalten, dass die Sammelstellen durch diese Aktion jetzt viel sauberer sind und die geforderten kurzen Wege umgesetzt sind. Herr Larcher berichtet weiters, dass weitaus mehr Container verteilt wurden, als jemals auf Sammelseln standen. Die Nachfrage nach diesem System steigt laufend. Es werden also weiterhin Werkstoffcontainer im Gemeindegebiet dezentral aufgestellt, um die Wege zu verkürzen und die Bürger beim Trennen ihrer Abfälle möglichst gut zu unterstützen. Herr BÜRKLE nahm die Ausführungen im Ausschuss zur Kenntnis und bemerkte, dass ein Schritt gemacht wurde.

Bgm. KOPP stellt nun an den Gemeinderat die Frage, wer für ein anderes System sei.

Dr. BÜRKLE gibt zur Kenntnis, es sei ein Schritt in die richtige Richtung, generell sei seine Fraktion jedoch für ein gänzlich anderes System.

Bgm. KOPP bemerkt zur Aussage von Frau BIRKL in den Medien betreffend 15 nicht behandelten Anträgen, dass dies nicht den Tatsachen entspreche. Frau BIRKL bemerkt, dass sie diese Aussage nicht getätigt habe.

Bgm. KOPP nimmt nun Stellung zu Anträgen der Initiative 2004.

- mündlich eingebrachter Antrag: Der Verkehrsausschuss soll sich nochmals mit dem Thema „Ab- und Zufuhr beim Merkurmarkt und Möbelhaus Lutz zur Steinbockallee“ befassen.

Bgm. KOPP bemerkt hiezu, dass nach Rücksprache mit den betreffenden Firmen die derzeitige Situation ausreichend und ohne Probleme sei. Ein Einkaufssamstag vor Weihnachten dürfe nicht als Durchschnittsverkehrstag herangezogen werden.

Bgm. KOPP bittet um Abstimmung, wer diesen Antrag unterstützt und möchte, dass dieses Thema nochmalig behandelt wird.

Beschluss: mit 17:2 Gegenstimmen wird die nochmalige Behandlung abgelehnt

- Antrag: Beim FoRum auf der kürzlich angekauften Fläche 1707 und 1708 KG RUM soll ein Teil als Kinderspielplatz für die Kinder im Dorf gestaltet werden, da es im Bereich der Dorfmitte an Spielplätzen fehlt.

Bgm. KOPP bemerkt hiezu, dies sei ident mit den heutigen Gesprächen und wird bearbeitet werden.

- Antrag: Mittagstisch in den gemeindeeigenen Einrichtungen der Jugendbetreuung sind Überlegungen anzustellen, wie die Kosten für den Mittagstisch minimiert werden können, damit diese Einrichtung von den Eltern auch angenommen wird.

Bgm. KOPP teilt hiezu mit, dass von den Eltern der Mittagstisch unterschiedlich, je nach betroffener Einrichtung angenommen wird. In den Kindergärten werden insgesamt zwischen 16 und 30 Essen pro Tag konsumiert, in der Birkengasse z.B. aufgrund des fehlenden Bedarfes keines. Aus seiner Sicht gäbe es keine Notwendigkeit für neue Überlegungen. Man sei sowieso schon an der Kapazitätsgrenze betreffend Zustellung etc.

Bgm. KOPP bittet um Abstimmung, wer diesen Antrag unterstützt und möchte, dass dieses Thema nochmalig behandelt wird.

Beschluss: Nur eine Minderheit ist dafür.

- Antrag zur Bereicherung des Rumer Kulturlebens: Es wäre sinnvoll, die Beziehungen zu der Partnergemeinde Rumo in Italien aufleben zu lassen.

Bgm. KOPP erklärt, dass die freundschaftlichen Beziehungen zu Rumo sehr gepflegt würden und man mehrmals durch gegenseitige Einladungen im Jahr in Kontakt sei. Die letzte Einladung wäre leider eine Einladung der Feuerwehr Rumo gewesen und habe nicht den Gemeinderat betroffen.

- Antrag zur Schaffung von Jugendräumlichkeiten im Gemeindezentrum FoRum

Bgm. KOPP teilt mit, dass im Infrastrukturausschuss dieses Thema ausführlich diskutiert wurde und man übereinkam, aufgrund massiver Einwendungen der Anrainer die Einrichtung dieser Räumlichkeiten im FoRum nicht zu verwirklichen. Die Einwände richteten sich aber nur gegen die Errichtung der Jugendräumlichkeiten und nicht gegen die Errichtung des Veranstaltungssaales. Zugleich wurde auch diskutiert, einen Jugendraum in einer anderen kommunalpolitischen Einrichtung ausfindig zu machen.

- Antrag: Verlegung der Außenstelle Neu-Rum von der Serlesstraße 21 in die Räumlichkeiten des Ausfallgemeindefamtes

Der eingebrachte Antrag vom im Gemeindevorstand diskutiert und hat keine Mehrheit gefunden, da man keinen besonderen Sinn dahinter sehe.

Frau BIRKL bemerkt hierzu, dass in Sachen Müll die Wegbeschreibung zum Bauhof kein Problem für die Bürger darstellen solle, wenn es um die Verlegung der Außenstelle gehe, sehe man keinen Sinn dahinter.

Bgm. KOPP merkt an, dass hiermit unnötige Kosten verbunden seien.

- Antrag Verkehrsspiegel Kreuzung Murstraße/Dörferstraße

Bgm. KOPP nimmt hierzu wie folgt Stellung: Der eingebrachte Antrag wurde dem Referenten zur Stellungnahme zugewiesen. Dazu wird vom Amt wie folgt kommissioniert und Stellung genommen:

1. Bei der Renovierung der Marienkapelle und der Neugestaltung des Vorplatzes wurde keine Änderung des Kurvenradius vorgenommen. Die Umgestaltung des Vorplatzes erfolgte bereits vor vier Jahren.

2. An der Kreuzung Murstraße/Dörferstraße ereigneten sich im Zeitraum April 2003 bis Oktober 2004 sieben Unfälle. Fünf davon gab es auf trockener, zwei auf nasser Fahrbahn. Aufgrund dieser Tatsache fand am 11.10.2005 eine Begutachtung der Kreuzung im Rahmen der Kontrolle der von Unfallhäufigkeitspunkten durch das Amt der Tiroler Landesregierung, örtlichen Polizeiinspektion, des Kuratoriums für Verkehrssicherheit, des Baubezirksamtes Innsbruck und der Marktgemeinde Rum statt. Dabei stellte sich heraus, dass keiner dieser Unfälle zwischen einem Fahrzeug aus nördlicher Richtung und einem Fahrzeug auf der Dörferstraße stattgefunden hat.

3. Zur Verbesserung der Situation wurde vom Kuratorium vorgeschlagen, das Verkehrszeichen „Vorrang geben“ aus südlicher Richtung im nächst größeren Format anzubringen. Bei der nördlichen Zufahrt zur Dörferstraße soll eine zusätzliche Haltelinie zum vorhandenen Verkehrszeichen „STOP“ angebracht werden.

4. Die Anbringung eines Spiegels für die aus nördlicher Richtung einmündenden Fahrzeuge wurde für nicht zielführend erachtet. Ein langsames Einfahren in die Dörferstraße ist bereits aufgrund des vorhandenen Gehweges und des Schutzweges an der Nordseite notwendig.

- Antrag bezüglich Auslastung der Linie T

Bgm. KOPP erhielt die Auskunft, dass pro Fahrt aus Rum im Durchschnitt 15 Personen zusteigen.

Dr. BÜRKLE erwünscht sich diese Antworten schriftlich im Protokoll.

Frau BIRKL erinnert noch an ihren Antrag bezüglich der Reihenhäuser, welcher aber erst noch im Ausschuss behandelt werden müsse.

Bgm. KOPP teilt nun mit, dass das Land einen Tiroler Umweltpreis für das Jahr 2005 zum Thema „Bessere Umwelt durch sinnvolle Mobilität“ ausschreiben würde und liest vor:

„Kaum in einem anderen Umweltbereich sind innovative Ideen so gefragt wie beim Verkehrsmanagement. Daher ist der Tiroler Umweltpreis dem Thema „Bessere Umwelt durch sinnvolle Mobilität“ gewidmet. Nicht nur die Politiker und Beamten sind aufgefordert, sich mit dieser Problematik auseinander zu setzen, auch Ideen und Projekte sowie konkrete Maßnahmen auf lokaler Ebene sind in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Ich lade daher alle Tiroler Unternehmen, Gemeinden und Schulen ein, etwas für den Umweltschutz im Bereich des Verkehrs zu tun und beim Tiroler Umweltpreis mitzumachen. Ich freue mich, wenn Sie mir dabei helfen, dies insbesondere an den Schulen usw. aufzulegen und an interessierte Personen weiterzuleiten.“

Dies wird angeschlagen und dem Umweltausschuss zur weiteren Beratung übermittelt.

Bgm. KOPP stellt die Frage nach weiteren Wortmeldungen.

Karlheinz WERTH erkundigt sich nach den geplanten Schritten der angekündigten Hauptschulsportanlage Rum, welche ein Wahlversprechen war.

Bgm. KOPP gibt zur Kenntnis, dass die Kosten für die Planung der Schulsportanlage im Budget vorgesehen seien, jedoch die Ausführung sicher nicht 2006 erfolgen werde. Die geschätzten Kosten betragen 2,5 Millionen Euro.

Frau BIRKL bedankt sich im Namen ihrer Fraktion bei den Gemeindebediensteten im vergangenen Jahr, besonders hervorheben möchte sie die Arbeit der Scheerräumer und ihre fleißige Arbeit in den letzten Tagen. Anschließend verliest sie die konkreten Prüfungsanforderungen für den Überprüfungsausschuss zum Antrag „Überprüfung der Immobilien Rum GmbH und Co KG“.

Walter TRESCHER bedankt sich im Namen der Sängerrunde Rum für die Unterstützung im vergangenen Jahr und für die Zurverfügungstellung des Probelokales und gibt die Bitte der Sängerrunde weiter, dass mehr Gemeinderäte zu den Veranstaltungen kommen mögen.

Bgm. KOPP lädt anschließend alle Gemeinderatsmitglieder zu einem kleinen Essen in den Rathauskeller ein und beendet die Sitzung um 20.35 Uhr.